

Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahn in Klosterneuburg

Utl.: Land NÖ trägt 25 Prozent der Planungskosten=

St.Pölten (NLK) - Die NÖ Landesregierung hat in ihrer letzten Sitzung u.a. auch beschlossen, sich mit 52.500 Euro an den Planungskosten für Lärmschutzmaßnahmen entlang der bestehenden Eisenbahnstrecke (Franz-Josefs-Bahn) in der Stadtgemeinde Klosterneuburg zu beteiligen. Auf Grundlage eines vorliegenden Vertrages können nun als erster Schritt die Planungen für das lärmtechnische Detailprojekt in Angriff genommen werden. Konkret betroffen davon ist ein jeweils rund 10 Kilometer langer Abschnitt links und rechts der Bahn. Das Projekt umfasst bahnseitige Maßnahmen als auch die Errichtung von Lärmschutzwänden und -wällen sowie objektseitige Maßnahmen wie Lärmschutzeinrichtungen an Wohngebäuden, insbesondere den Einbau von Lärmschutzfenstern und -türen.

Die Gesamtkosten für die Planungsleistungen werden laut den ÖBB, die die Projektabwicklung durchführen, 210.000 Euro betragen. Im einem Vertrag zwischen der Republik Österreich, dem Land Niederösterreich und der Stadtgemeinde Klosterneuburg hat sich das Land verpflichtet, einen Finanzierungsbeitrag von 25 Prozent zu übernehmen. Die Stadtgemeinde leistet ebenfalls 25 Prozent, die restlichen 50 Prozent werden vom Bund bzw. der SCHIG mbH getragen. Dieser Vertrag basiert auf einem Rahmenübereinkommen vom September 1999 zwischen Bund und Land und bildet die Grundlage für die Planung, Durchführung, Erhaltung und Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen an Eisenbahn-Bestandsstrecken in Niederösterreich.

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Pressestelle
Tel.: 02742/9005-12163

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0105 2002-04-25/11:42

251142 Apr 02

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020425_OTS0105